



AKTIV FÜR CHANCEN GLEICHHEIT

Gegen Hass und Gewalt

5/2024

Sollte die AfD verboten werden?

Ein Pro und Contra

In den vergangenen Jahren ist die Alternative für Deutschland (AfD) stetig gewachsen. Aktuelle Umfragen sehen sie auf Bundesebene als zweitstärkste Partei hinter der CDU/CSU, in Thüringen ist sie bei den Landtagswahlen Anfang September sogar stärkste Kraft geworden. Dabei ist die AfD eine Partei, die der Verfassungsschutz bundesweit als rechtsextremistischen Verdachtsfall eingestuft hat und deren Landesverbände in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen von den jeweiligen Landesämtern für Verfassungsschutz sogar als gesichert rechtsextrem geführt werden. Sollte die AfD verboten werden? Standpunkte des Bündnisses „AFD VERBOT JETZT“ und des Komitees für Grundrechte und Demokratie e.V.



Bündnis
„AFD VERBOT JETZT“

Pro: Menschenwürde verteidigen – AfD-Verbot jetzt!

Autoritär-populistische, extrem rechte Parteien sind heute in fast allen Ländern Europas Teil des etablierten Parteienspektrums. Auch in Deutschland ist die Normalisierung der AfD in den letzten Jahren immer weiter vorangeschritten: Mit ihren Bürgermeistern und Landräten erringt die AfD zunehmend Einfluss auf die Verwaltung in ostdeutschen Kommunen. In Thüringen, Sachsen-Anhalt und Sachsen ist eine Regierungseteiligung nicht mehr undenkbar. Dabei wissen wir schon lange, was das für eine Partei ist.

Keine Organisation erzeugt derzeit mit so vielen Ressourcen, Mitarbeitenden und staatlichen Geldern wie die AfD ein gesellschaftliches Klima, in dem Täter*innen sich zu Gewalt ermutigt fühlen. Die AfD ist eine Bedrohung für das Leben aller Menschen, die nicht in ihr Weltbild passen. Sie verbreitet völkisch-rassistisches Gedankengut, verhöhnt die Demokratie und greift den Rechtsstaat an. Schon jetzt ist sie

GRUNDRECHTE KOMITEE.de

Komitee für Grundrechte
und Demokratie e.V.

Contra: Ein AfD-Verbot ist keine Lösung

Mit einem Parteiverbot der AfD werden weder die Ursachen noch die konkreten Formen von Rassismus und autoritären Tendenzen überwunden. Auch aus demokratietheoretischer Sicht gibt es Bedenken: Demnach sollten sich Mitglieder einer sich demokratisch umfassend selbst regierenden Gesellschaft frei an Debatten und Entscheidungsprozessen beteiligen können. Parteiverbote widersprechen dem Ansinnen einer in allen gesellschaftlichen Bereichen praktisch gelebten Demokratie.

Zudem ist zu erwarten, dass ein Verbotsverfahren mit den Begrifflichkeiten wehrhafte Demokratie, Extremismuskonzeption und freiheitlich demokratische Grundordnung (FdGO) arbeitet, da ein Parteiverbot nach Artikel 21 Abs. 2 Grundgesetz auf der verfassungsgerichtlichen Feststellung basieren muss, dass die Partei in ihren Zielen oder dem Verhalten ihrer Anhänger darauf zielt, die FdGO zu beeinträchtigen, zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik zu gefährden.



Marco Rafolt,
Vorstandsmitglied
des Kumpelvereins

Liebe Freundinnen und Freunde,

seit Monaten wird über ein Verbot der AfD diskutiert. Nachdem die AfD in einigen Bundesländern als extremistischer Verdachtsfall oder rechts-extremistisches Beobachtungsobjekt eingestuft wurde, ist sie nun auch auf Bundesebene ein Verdachtsfall. Damit ist der Weg für ein Parteiverbot vorbereitet.

Wenn die AfD mahnt, dass Deutschland von einer angeblichen Masseneinwanderung bedroht wird, vergessen sie, dass Deutschland ohne die Integration in den 60er und 70er Jahren nicht zu einem der reichsten Länder der Welt geworden wäre. Meine Mutter und mein Vater gehörten zu diesen Menschen, die nach Deutschland kamen und dieses Land mit zum Erfolg geführt haben. Die AfD vergisst diese Leistung bewusst.

Ein Verbot der AfD würde das Problem des Rechtsrucks nicht lösen, denn es verändert nicht das Gedankengut der AfD-Anhänger. Es braucht mehr als ein Verbot der AfD, es braucht demokratische Parteien, die der Bevölkerung ein deutliches Angebot für eine bessere Zukunft machen.

**Euer Marco
für den gesamten Vorstand
des Kumpelvereins**



Stichwortgeberin im politischen Raum. Ganz zentral ist dabei ihre rassistische Asyl- und Migrationspolitik. Die AfD greift gesellschaftliche Verwerfungen und Unzufriedenheit auf und lenkt sie in rassistische und nationalistische Diskurse. Damit spiegelt sie nicht nur ohnehin vorhandenen Rassismus wider, sie verstärkt ihn auch und macht ihn zur zentralen Interpretationsfolie für gesellschaftliche Konflikte.

Einmal an die Macht gekommen, kann die AfD ihre Angriffe auf Menschenwürde und Demokratie zu staatlicher Politik werden lassen. In vielen Bereich müssen dazu nicht einmal Gesetze geändert werden. Gerade im Migrations- und Asylrecht reicht es, das geltende Recht mit noch größerer Härte und Rücksichtslosigkeit zu vollstrecken. Eine weitere Eskalation der Gewalt besonders gegen migrantisierte Menschen ist zu befürchten. Das heißt: Die Zeit drängt! Deshalb fordern wir ein Verbot der AfD.

Die AfD als Partei zu verbieten, wird nicht schlagartig dazu führen, dass Rassismus und Hass in der Gesellschaft verschwinden. Sie bestanden auch vor der AfD schon. Aber es nimmt den faschistischen Akteur*innen dieser Partei die organisatorische und finanzielle Basis und die parlamentarische Legitimität – und damit wichtige Ressourcen, die ihr ermöglichen, ihre Funktion als Organisatorin des rechten Blocks wahrzunehmen. Schon die Forderung nach einem AfD-Verbot kann die Normalisierung in den Medien und die Kooperationsbereitschaft anderer Parteien mit der AfD stoppen. Ist das Verbot erfolgreich, wird der staatliche Geldhahn zugedreht und der Parteiapparat aufgelöst, über den sich die Demokratiefeind*innen organisieren, vernetzen und Einfluss ausüben.

**Bauen wir gemeinsam Druck auf!
Für den Schutz der Menschenwürde
und ein Verbot der AfD.**

 www.afd-verbot.jetzt

Dieses folgt einem autoritären und illiberalen Verständnis von Demokratie, das dem Individuum mit Misstrauen begegnet und es anhand sicherheitspolitischer Feindbilder überprüft. Die Extremismuskonzeption fokussiert auf die „rechts- und linksextremen Ränder“ der Gesellschaft und ignoriert die autoritären und rassistischen Gehalte der „Mitte“. Ein Verbotsverfahren auf Basis der Extremismuskonzeption erleichtert den Parteien der „Mitte“, nichts an ihrer eigenen autoritär-neoliberalen und rassistischen Politik ändern zu müssen. Tatsächlich beobachten wir schon jetzt, wie diese Parteien Demokratieabbau und Rassismus diskursiv auf die AfD auslagern.

Ein AfD-Verbotsverfahren wird gegenwärtig häufig damit begründet, Demokratie müsse „streitbar“ und „wehrhaft“ sein, wie das Ende der Weimarer Republik gezeigt habe. Doch kamen die Nazis 1933 an die Macht, weil die Weimarer Republik bei ihrem Untergang bereits autoritär ausgehöhlt war, ihr demokratisches Widerstandspotenzial geschwächt, durch massive Grundrechtsverletzungen, willkürliche Inhaftierungen, Einschüchterung linker Kräfte, Polizeirepression und Parteiverbote – eine Situation, die der heutigen zu ähneln beginnt.

Ein positiver Bezug auf das Konstrukt einer „wehrhaften Demokratie“ ist daher nicht nur ahistorisch, sondern auch demokratieverkürzend. Eine Demokratie, die den Namen verdient, wird gesichert, indem man demokratische Prinzipien und Verfahren ausbaut und politische, soziale und gewerkschaftliche Rechte radikal stärkt, in allen gesellschaftlichen Feldern und auf allen Ebenen.

Anstatt autoritäre Logiken und repressive Instrumente durch ein Verbotsverfahren zu forcieren, sollten wir uns für eine radikale Demokratisierung einsetzen.

 www.grundrechtekommitee.de



Werde Fördermitglied!

Wenn wir in einer offenen und von Akzeptanz geprägten Arbeitswelt und Gesellschaft leben möchten, müssen wir selbst aktiv werden.

Sei auch du dabei und unterstütze uns als Fördermitglied unter www.gelbehand.de/foerdermitgliedschaft



Shop!

Unsere Materialien wie Aufkleber und Anstecker kannst du in unserem Online-Shop erwerben unter www.gelbehand.de/werde-aktiv/materialien



Learning Nuggets der Gelben Hand

Kurzvideos für Ausbilder*innen im Handwerk

Im Rahmen des Kompetenznetzwerks „Demokratieförderung in der beruflichen Bildung“ hat der Kumpelverein drei kurze Video-Lerneinheiten, sogenannte Learning Nuggets, zum Thema Demokratieförderung im Handwerk veröffentlicht. Die drei Kurzfilme zu den Schwerpunkten Demokratie und Alltag, Konflikt und Dialog sowie Neutralität und Haltung richten sich an Ausbilder*innen und bieten ein effektives Bildungsangebot für alle Interessierten mit knappen Zeitbudget. Als Bildungsalternative oder -ergänzung ermöglichen sie einen Einblick in Chancen und Herangehensweisen von demokratiefördernder Arbeit in der Handwerksausbildung. Die Inhalte sind handlungsorientiert und praxisnah aufbereitet. Aufgrund ihrer Kompaktheit bieten die Learning Nuggets flexible Einsatzmöglichkeiten für einen schnellen Wissensgewinn.

 Die Learning Nuggets auf unserem YouTube-Kanal: t.ly/epLqI





Macht soziale und gerechte Politik!

So langsam gehen einem die Argumente aus, weil eigentlich schon alles gesagt ist, was gegen die AfD und ihren Spitzenfunktionär, den Faschisten Björn Höcke, spricht.

Die Wahlergebnisse in Thüringen und Sachsen waren erwartet, aber die Zugewinne schockieren dennoch: 32,8 Prozent erreichte die AfD in Thüringen und 30,6 Prozent in Sachsen.

Im Vorfeld der Landtagswahlen hatte Höcke einer Gruppe mittelständischer Familienunternehmen, die sich mit der Kampagne „Made in Germany – Made by Vielfalt“ für demokratische Werte und gegen Populismus und Fremdenfeindlichkeit einsetzen, die Insolvenz gewünscht. Getreu dem Motto: „Ver-nichte, was nicht für mich ist!“ Da hat er wohl als ehemaliger Geschichtslehrer von seinen geistigen Vätern gelernt. Dazu passt auch eine Aussage von Thüringens AfD-Co-Chef Stefan Möller nach der Wahl. Er will sich mit der neu gewonnenen Macht dafür einsetzen,

die Fördermittel für demokratische Vereine zusammenzuziehen.

Die internationale Presse hat in vielen Artikeln ihre große Sorge darüber ausgedrückt, dass zum ersten Mal seit der Nazizeit eine rechtsextreme Partei eine Landtagswahl in Deutschland gewonnen hat. Die New York Times bezeichnete die Wahlergebnisse als „beunruhigenden Indikator für die Gesundheit und Zukunft der deutschen Demokratie“.

Unser Kampf für den Erhalt der Demokratie geht weiter!

Und ein Tipp für die demokratischen Parteien: Das beste Mittel, die AfD mit ihrem Populismus zu entzaubern, ist soziale und gerechte Politik. Dazu gehört mehr, als täglich das Thema Migration mit teilweise ebenfalls populistischen Äußerungen zu behandeln.

Werdet kreativ und setzt ein Zeichen!

Wettbewerb „Die Gelbe Hand“ 2024/2025 startet

Zum 18. Mal schreibt der Kumpelverein den Wettbewerb „Die Gelbe Hand“ aus. Die Schirmherrschaft haben der Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt, Dr. Reiner Haseloff und der Vorsitzende der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG), Martin Burkert, übernommen.

Berufsschüler*innen, Auszubildende und die Gewerkschaftsjugendlichen sind dazu aufgefordert, sich zu beteiligen und mit kreativen Projekten und Aktionen ein Zeichen für Vielfalt und Solidarität, gegen Rassismus und Rechtsextremismus zu setzen. Auf die Gewinner*innen warten Preise: 1.000 Euro für den 1. Preis, 700 Euro für den 2. Preis, 500 Euro für den 3. Preis sowie jeweils 500 Euro für die Sonderpreise Sachsen-Anhalt, DGB-Jugend Sachsen-Anhalt und DGB-Jugend Nordrhein-Westfalen. Der Einsendeschluss für die Wettbewerbsbeiträge ist der 15. Januar 2025. Die Darstellungsform ist frei.

 **Alle Infos unter www.gelbehand.de/wettbewerb**

„In Schulen und Betrieben gegen Rassismus und für Vielfalt einsetzen“

Martin Burkert, Vorsitzender der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG)

In Deutschland, aber auch europaweit, erleben wir das Wiedererstarken der Rechten und gleichzeitig ein Schwächerwerden der Solidarität. Rechtsextreme Parteien und Gruppen wie die AfD versuchen, unser Land nach ihren Vorstellungen umzugestalten – auf Kosten derer, die in ihren Augen „fremd“ sind, und auch auf Kosten der Arbeitnehmer*innen. Das zeigt zum Beispiel das Abstimmungsverhalten der AfD im Bundestag und in den Landtagen. Wir müssen uns also gemeinsam mehr denn je in Gesellschaft, Schulen und Betrieben gegen Rassismus und für Vielfalt einsetzen.

Wie das geht, zeigen jedes Ausbildungsjahr aufs Neue die vielen jungen Teilnehmer*innen am Wettbewerb der Gelben Hand. Mit tollen Ideen und außerordentlichem Engagement kämpfen sie für ihre Ideale – und sorgen mit jeder ihrer Aktionen dafür, dass die Schul- und Arbeitswelt ein Stück bunter wird. Für mich persönlich und die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft ist es eine große Ehre, diesen wichtigen Wettbewerb mit zu unterstützen. Denn eins ist klar: Je früher junge Menschen ein gefestigtes Demokratie- und Solidaritätsverständnis haben, desto resis-

tenter sind sie gegen Angriffe darauf. Ich danke der Gelben Hand für diesen wichtigen Beitrag.



Martin Burkert ist ebenfalls Vorsitzender des gemeinnützigen Verbands Allianz pro Schiene.

„Wir sind hier. Wir bleiben hier.“

Abendtalk auf YouTube abrufbar

Am 5. September fand unser Online-Abendtalk mit der Gelben Hand „Wir sind hier. Wir bleiben hier. Die Wahlen in Ostdeutschland aus der Perspektive von Migrant*innen“ statt.



Mit Eter Hachmann, der Vorsitzenden des Dachverbandes der Migrant*innenorganisationen in Ostdeutschland (DaMOst) und Abdulaziz Bachouri vom Projekt Faire Integration/ARBEIT UND LEBEN Sachsen e.V. sprachen wir über die Stimmungen vor und nach den Wahlen am 1. September in den Betrieben, was die Erfolge der AfD für migrantische Kolleg*innen bedeuten und die Forderungen an die Bundes- und Landespolitik zum Schutz von Menschen mit migrantischen Hintergrund.

Traditionell bestand der Abendtalk aus dem öffentlichen Teil mit Live-Stream auf unserem YouTube-Kanal und aus der exklusiven Austauschrunde mit angemeldeten Teilnehmer*innen. Der erste Teil des Abendtalks kann ab sofort auf unseren YouTube-Kanal abgerufen werden:

www.YouTube.com/DieGelbeHand

 **Nächster Abendtalk am 14.11.24, 18:00–19:30 Uhr, Thema: Rechte Online-Kulturen**

DGB-Index Gute Arbeit „kompakt“

Menschen mit Migrationshintergrund häufiger in prekärer Beschäftigung

Mehr als zwölf Millionen Erwerbstätige in Deutschland haben einen Migrationshintergrund. Die „Kompakt“-Ausgabe 02/2024 wertet die Daten des DGB-Index Gute Arbeit hinsichtlich atypischer und prekärer Beschäftigungsmerkmale in dieser Beschäftigtengruppe aus.

Laut der Auswertung treten Befristung und Leiharbeit, Helfertätigkeiten, niedrige Löhne und schlechte Entwicklungsperspektiven häufiger auf, wenn Beschäftigte selbst oder ihre Eltern nach Deutschland zugewandert sind. Besonders häufig seien diese Beschäftigungsmerkmale, wenn die Befragten aus Ländern außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums stammen. Beispielsweise sei in dieser Gruppe knapp jede*r Zweite in „Einfacharbeit“ tätig; mehr

als die Hälfte gab an, mit dem eigenen Einkommen gar nicht oder nur gerade so über die Runden zu kommen. Für die Betroffenen bedeute dies Belastungen und Unsicherheit für ihre Lebensperspektive. Erschwerend komme hinzu, dass diese Beschäftigtengruppe seltener betriebliche Weiterbildungsangebote bekommt, was die Aufstiegs- und Entwicklungsmöglichkeiten stark einschränke.

 www.index-gute-arbeit.dgb.de

Termine

- 01.10.:** Vortrag, JAV der Ver- und Entsorgung im ver.di Bezirk Mittleres Ruhrgebiet in Bochum
- 12.10.:** Podiumsdiskussion, Netzwerktagung DGB-Jugend Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt in Celle
- 15./16.10.:** Infostand, Delegiertenversammlung der Evangelischen Landeskirche in Baden und des Diakonischen Werkes der Evangelischen Landeskirche in Baden e.V. in Bad Herrenalb
- 24.10.:** Vortrag, Konferenz des GBR von Mondelez in Oberjosbach
- 24./25.10.:** Infostand, ver.di-Fachtagung in Hamburg
- 29./30.10.:** Infostand, Bundes-JAV-Konferenz Deutsche Post in Bonn
- 31.10.:** Vortrag, JA-Versammlung Sparkasse Krefeld in Krefeld
- 08.11.:** Workshop, AK Antidiskriminierung der ver.di NRW
- 09.11.:** Infostand, IGBCE-Bezirksfrauenkonferenzen im Adolf-Schmidt-Bildungszentrum Haltern
- 11.11.:** Workshop, BR-Fortbildung bei Rücker GmbH in Aurich
- 12.11.:** Infostand, ver.di-Fachbereichskongress Südbaden-Schwarzwald in Freiburg
- 19.11.:** Vortrag und Infostand, JA-Versammlung bei der Deutschen Telekom AG in Karlsruhe
- 19./20.11.:** Infostand, BR-Versammlung bei der Deutschen Post in Berlin
- 23.11.:** Infostand, IGBCE-Bezirksjugendkonferenz Berlin-Brandenburg in Berlin
- 23.11.:** Vortrag, Fachtagung des DGB-Bildungswerkes Bayern in München

Neue Fördermitglieder

Wir können uns wieder über Zuwachs freuen! Gegen Rassismus und für Gleichbehandlung engagieren sich künftig zusammen mit uns:

Selma Bauer, IGBCE, Denzlingen; **Ben Becker**, IGBCE, Wiesbaden; **Danny Bernhardt**, Halle; Mareike Biesel, ver.di, Leipzig; **Nora Hafermaas**, IGBCE, Taunusstein; **Lars Kadelka**, IGBCE, Krefeld; **Norbert Kösling**, ver.di, Vorsitzender Senior*innen Ortsverband Essen, Essen; **Karl Joseph Kühn**, IG Metall, Herne; **Madelene Müller**, ver.di, stellv. Bezirksgeschäftsführerin ver.di Thüringen, Erfurt; **Ilona Schleth**, IGBCE, Seelze; **Annette Tremper Schluckebier**, IGBCE, Vertrauensfrau, Pfungstadt

Herzlich willkommen und vielen Dank für eure Unterstützung!



Die Stadt Gelsenkirchen finanziert Fahrrad-aufkleber „Gegen Hass und Gewalt – Aktiv für Gelsenkirchen“. Die Aufkleber werden über das Quartiersnetz Buer-Ost kostenfrei verteilt.

Wir meinen: Eine vorbildliche Aktion zum Nachahmen!